

See discussions, stats, and author profiles for this publication at: <https://www.researchgate.net/publication/324624995>

"Political Correctness" in amerikanischen Printmedien: Über den Missbrauch eines ideologischen Schlagworts

Article in *Vorgänge* · January 1996

CITATIONS

0

READS

11

2 authors, including:



Hermann Kurthen

Grand Valley State University

59 PUBLICATIONS 308 CITATIONS

SEE PROFILE

Some of the authors of this publication are also working on these related projects:



Is Studying Abroad Still a Privilege? Exploring Access and Inequalities in the U.S. Midwest [View project](#)

Vorgänge - Zeitschrift für Bürgerrechte
und Gesellschaftspolitik Vol. 136 (4)

Hermann Kurthen/Kay M. Losey

1996

„Political Correctness“

in amerikanischen Printmedien

Über den Mißbrauch eines ideologischen Schlagworts

Sündenbock PC?

Medien haben in modernen, auf Massenkommunikation gegründeten Gesellschaften großen Einfluß auf die öffentliche Meinung. Sie entscheiden darüber, ob und wie Gegendiskurse in den öffentlichen Ideologiebestand einfließen und mehrheitsfähig werden. Die Art und Weise wie die oft als „vierte Gewalt“ apostrophierten Medien mit neuen Gesellschaftsmodellen, subkulturellen Strömungen und Minderheitenmeinungen umgehen, sind ein Spiegel politischer Kultur in westlichen Demokratien. Die amerikanische Debatte über „Political Correctness“, abgekürzt, PC, ist ein Paradebeispiel amerikanischer Medienkultur und der Filterung von Sichtweisen, die hegemoniale Interessen, Traditionen und Werte infragestellen.

Der Begriff der „Political Correctness“ wurde in den sechziger Jahren von der außerparlamentarischen amerikanischen Opposition der stalinistischen und maoistischen Literatur entlehnt. Er diente zur spöttisch-selbstkritischen Bezeichnung nicht-liniertreuen Verhaltens, das selbstgewählten politischen Überzeugungen zuwiderlief (Perry 1992: 73). Inzwischen wurde der Begriff – nicht zuletzt aufgrund der Verwendung in den Medien – zu einer abfälligen Beschreibung von Anschauungen und Zielsetzungen amerikanischer Linker und Liberaler umfunktioniert, um deren Vorstellungen über Multikulturalismus, Feminismus und Minderheitenrechte zu desavouieren (Adler 1990, Berube 1992:137, Daniels 1991: 18). Hier wird „PC“ zur Bezeichnung von Programmen, Initiativen und Einstellungen verwendet, die beabsichtigen die politische Beteiligung und den gesellschaftlichen Einfluß von Minderheiten und Frauen zu erhöhen und die dafür plädieren, sowohl neue Regeln und Toleranz im zwischenmenschlichen Umgang und in den Beziehungen verschiedener Gruppen zu etablieren als auch ein Bewußtsein über den Beitrag von bisher benachteiligten oder vernachlässigten (Minderheiten-)Gruppen zu erzeugen (siehe dazu ausführlicher Kurthen/Losey 1995).

Gegner und insbesondere Befürworter von PC haben die amerikanischen Massenmedien beschuldigt, sie seien verantwortlich für die Entstellung ihrer Positionen. Linke PC-Befürworter, die sich um den Pluralismus der amerikanischen Gesellschaft sorgen, beklagen sich bitter über den Mißbrauch dieses Kampfbegriffs in einer „Medien-

kampagne zur Diskreditierung der amerikanischen Linken“ (Perry 1992: 77). Auch die einflußreiche Fronde der PC-Gegner – die von konservativen Intellektuellen (Allan Bloom, Dinesh D'Souza, Roger Kimball) über einflußreiche Journalisten (George Will) und Radiomoderatoren (Rush Limbaugh), bis hin zu prominenten Politikern der Republikanischen Partei und religiösen Fundamentalisten (Pat Robertson) reicht – kritisiert die Flut medialer Berichterstattung, die angeblich „unamerikanische Werte“ verbreite und die Entzweiung der Nation fördere (Schlesinger 1993). Wie präsentieren die Medien die Debatte und nehmen damit Einfluß auf die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten?

Fallstudie einer Lokalzeitung

Zur Beantwortung dieser Fragen wurde eine nichtrepräsentative Auswahl von 48 Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln der *Durham Herald Sun*, einer Lokalzeitung in North Carolina, ausgewertet. Über einen Zeitraum von 18 Monaten, vom Oktober 1992 bis April 1994, wurden Nachrichten, Leitartikel und Kommentare untersucht. Zusätzlich wurden einschlägige Aufsätze repräsentativer amerikanischer Wochenmagazine wie *Time* und *Newsweek* herangezogen, die teilweise bis ins Jahr 1990 zurückreichen. Einige repräsentative Beiträge stammen auch aus der *New York Times*.

Die *Durham Herald Sun* ist eine typisch amerikanische Lokalzeitung mit einer täglichen Leserschaft von etwa 53500 Lesern bei einer Einwohnerzahl von ca. 135000 (mit Außenbezirken ca. 200000) Personen. Sie berichtet vor allem über Lokales, Sport und andere die Leserschaft interessierende Themen. Ihre nationale und internationale Nachrichtensektion, Kommentare und Leitartikel bestehen in der Regel aus Nachdrucken landesweit vertretener Pressesyndikate und Nachrichtenagenturen. Unsere qualitative Fallanalyse zur Darstellung kontroverser Themen in den amerikanischen Printmedien ist sicher nicht repräsentativ für die Vereinigten Staaten. Da jedoch viele der von uns ausgewerteten Zeitungsartikel von Syndikaten und überregional publizierenden Journalisten stammen, die in Hunderten von Tageszeitungen verbreitet werden, ist mit großer Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, daß Leser in verschiedenen Landesteilen ein ähnliches Bild vermittelt bekommen wie die des *Durham Herald Sun*.

Zu Beginn unserer Auswertung sortierten wir Berichte und Kommentare nach Themenbereichen. Schon dabei fiel auf, daß PC oft als Sprachzensur identifiziert und in übertreibender Weise zum Hauptinhalt der PC-Debatte aufgebauscht wurde. Im nächsten Schritt ordneten wir die Beiträge nach ihrer Tendenz: pro-PC oder anti-PC (neutrale Beiträge, da schwer definier- und meßbar, wurden ausgeklammert). Unsere Einteilung orientierte sich an der in den jeweiligen Beiträgen zum Ausdruck kommenden Sichtweise gegenüber PC, d.h. was an PC bedeutsam gehalten wurde und ob dies zustimmend oder ablehnend kommentiert wurde. Insbesondere in Leitartikeln (und auch in der Auswahl der hier nicht weiter ausgewerteten Leserbriefe oder Cartoons) kam die mehrheitlich ablehnende Meinung von Journalisten, Herausgebern und Verlegern und ihr Versuch der Meinungsbeeinflussung deutlich zum Ausdruck. Im letzten Schritt un-

tersuchten wir, welche rhetorischen Mittel benutzt wurden, um den Lesern eine bestimmte Ansicht über PC zu vermitteln.

Auswahl und Behandlung des Themas

Unsere Auswertung von Presseartikeln belegt eine deutliche Voreingenommenheit der Printmedien: 38 von insgesamt 48 Artikeln wurden von uns als „Anti-PC“ eingestuft, darunter 26 von insgesamt 33 Leitartikeln und Kommentaren und 12 von insgesamt 15 Nachrichtenbeiträgen. Zehn Artikel waren der Grundtendenz nach eher zustimmend (davon stammten 7 von derselben Kolumnistin). Ein Beispiel für eine voreingenommene Haltung ist die Berichterstattung über den Besuch prominenter Befürworter oder Gegner von PC. Als Shelby Steele, ein schwarzer Kritiker der Gleichstellungsgesetzgebung („Affirmative Action“) und anderer PC-verwandter Themen in Durham einen öffentlichen Vortrag hielt, wurde ihm in der *Durham Herald Sun* ein Beitrag auf der Titelseite, dann, einen Tag später, ein thematischer Beitrag und in derselben Woche noch ein längerer Kommentar gewidmet. Ronald Takaki, Befürworter einer multikulturellen amerikanischen Geschichtsdarstellung, wurde dagegen während seiner Stippvisite in Durham lediglich in der nachrangigen Beilage erwähnt, und zwar in einer Weise, die seine Darlegungen entstellte und ihn fast als Gegner von PC erscheinen ließ. Eine derartige Berichterstattung deutet auf eine mediale Voreingenommenheit hin und illustriert, wie Medien nicht bloß Nachrichten übermitteln, sondern durch die Art und Weise der Nachrichten- und Themenauswahl, -aufbereitung, -präsentation und -platzierung Einfluß nehmen auf die öffentliche Themenwahrnehmung und -rezeption.

Wie erwähnt konzentrierten sich Presseartikel am meisten auf das Thema Redefreiheit, d.h. vor allem die sogenannten „politisch korrekten“ Sprachregelungen und Verhaltensvorschriften gegenüber Frauen und Minderheiten. Die Debatte um die Gleichstellungsgesetzgebung und die Einführung multikultureller Lehrpläne (Folkenflik 1994) waren weniger prominent – ein auffälliger Kontrast in einer Gemeinde mit einem vergleichsweise hohen Anteil von Schwarzamerikanern (politisch korrekterweise müßte es heißen: Amerikaner afrikanischer Abstammung – African Americans) und einer regional überdurchschnittlichen Zahl angesehener Bildungsinstitutionen und Universitäten. Es ist denkbar, daß die Herausgeber der *Durham Herald Sun* zum Zeitpunkt unserer Untersuchung zur Vermeidung eines öffentlichen Streits und einer Polarisierung der Leserschaft keine Debatte über Quotenregeln und Multikulturalismus vom Zaun brechen wollten, zumal das rassistische Erbe der Südstaaten in North Carolina noch immer nicht vernarrt ist.

Das relative Übergewicht von Beiträgen, die sich mit Sprachzensur und Verhaltensmaßregeln beschäftigen, könnte damit zusammenhängen, daß die Zeitungsredaktion von der Vorstellung ausging, die Öffentlichkeit nehme an der Einschränkung der Sprache und des Verhaltens stärkeren Anteil als beispielsweise an der Auseinandersetzung über Lehr- und Unterrichtspläne oder die Beurteilung von Anti-Diskriminierungsmaßnahmen. Auch wäre es möglich, daß Journalisten und Medien deswegen am Thema politisch korrekter Sprach- und Verhaltensvorschriften einen so großen Gefallen finden,

weil es sie selbst betrifft. Es ist denkbar, daß die von PC-Befürwortern propagierte ethnische, geschlechtsspezifische und kulturelle Sensibilität im öffentlichen Diskurs von der Presse als Bedrohung journalistischer Ausdrucksfreiheit verstanden wird. Die Vermutung ist naheliegend, daß Journalisten, Herausgeber und Verleger die Öffentlichkeit überzeugen möchten, ein solcher Eingriff in die Rede- und Schreibfreiheit bedeute Zensur und bedrohe die Pressefreiheit. Und gleichzeitig mag auch der „Relativismus“ der PC-Befürworter als Existenzbedrohung aufgefaßt werden. Der Ruf der Medien könnte Schaden nehmen, wenn der Glaube an die Existenz „objektiver“ Tatsachen“ und „neutraler“ Nachrichten dem Zweifel am unparteiischen Wert von Nachrichten und Kommentaren Platz macht. Aber es ist auch denkbar, daß die Voreingenommenheit in der Berichterstattung u.a. von der Art und Weise herrührt, wie die Medien in den USA gesteuert und organisiert werden (dazu später).

Methoden der Themendarstellung

Im Großen und Ganzen bestätigt unsere Fallanalyse die Verwendung vereinfachender und an Gefühle appellierender Praktiken der Leserbeeinflussung und ähnlicher Methoden, wie etwa in den klassischen Studien von Gans (1980) oder Gamson (1992) bereits ausführlich dargestellt. Eines der am häufigsten verwendeten „Argumente“ ist die Gleichsetzung des Gegners mit extremen Positionen oder der Gebrauch aufreizender Schimpfwörter (Kimball 1990: 63,82). Oder es wird versucht, dem Gegner die Ernsthaftigkeit abzustreiten, etwa indem man PC als vorübergehende akademische Modetheorie abtut. Derlei Methoden fanden sowohl in Leitartikeln und Kommentaren als auch in regulären Beiträgen Verwendung.

PC-Befürworter neigen in ihren oft akademischen Traktaten zu einer leichtfertigen Abstempelung der Gegenseite als „Rassisten“, „Sexisten“, „Nazis“, „Antisemiten“, „Homophobe“ usw. (Martin 1993; West 1993). In den von uns ausgewerteten Presseartikeln kamen allerdings derartige Anschuldigungen selten vor, vielleicht, weil PC-Befürworter unterdurchschnittlich zu Wort kamen. Es ist auffällig, daß die Presse die Verwendung abfälliger oder „extremistischer“ Pejorative vermeidet, besonders solche, die häufig von Linken und Minderheiten verwendet werden. Einerseits halten sich die Medien beim Gebrauch bestimmter Begriffe freiwillig zurück und üben quasi Selbstzensur, andererseits weisen sie vehement jeden Versuch zurück, die Rede- und Schreibfreiheit im Namen politischer Korrektheit einzuschränken.

Andere häufig benutzten Methoden der Leserbeeinflussung waren Spott, Sarkasmus und verallgemeinernde Anekdoten. In einem Bericht werden beispielsweise erwiegenermaßen falsche Vorwürfe gegen einen schwarzen Lehrer in Chicago benutzt, um den Sinn und Zweck der Anti-Belästigungsgesetze (Anti-Harrassment) in Frage zu stellen. Eine solche Beweisführung anhand konkreter Einzelbeispiele erzeugt gefühlsmäßige Identifikation oder Ablehnung. Die Personalisierung eines Themas schlägt sich deutlicher in der Erinnerung der Leser nieder, entpolitisiert das Problem (Tuchman 1988: 613) und vermeidet eine seriöse, inhaltliche Diskussion.

Wie reagieren Befürworter von PC? In der Regel bestreiten sie personalisierte Anschuldigungen, indem sie Autorität und Glaubwürdigkeit, Beweisführung und Sachkenntnis in Frage stellen. Die Meinung der Gegenseite wird als Irrtum, Ausdruck von Unwissenheit oder gar als böswillige Übertreibung, Lüge, und absichtliche Entstellung (Bartlett 1992: 122) abgetan. Insgesamt geben sich PC-Anhänger defensiver und versöhnlicher. Einige distanzieren sich öffentlich von rigidem Sprachzwang und politisch korrekten Benimmrichtlinien oder relativieren sie als unvermeidbare Auswüchse des Versuchs, den herrschenden Status-quo aufzubrechen. Die Zurückweisung der Beweisführung der Gegenseite erfolgt oft im Zusammenhang mit der Selbststilisierung in einer Opferrolle (Boyte 1992:178). Hughes bezeichnet diese Praxis spöttisch als „Kultur der Beschwerde“ (Hughes 1993). Besonders in Berichten über sexuelle Belästigung werden – aus orthodox feministischer Sicht – Frauen häufig als passiv Leidtragende männlicher Gewalt dargestellt, obwohl zunehmend die Einsicht um sich greift, daß Frauen auch Täter sein können und ihnen über die „Opferrolle“ neuer Einfluß zukommt.

Manche Verfasser von Artikeln versuchen die Leserschaft in ihrem Sinne zu beeinflussen, indem sie sich den Anschein der Ausgewogenheit geben, ihren Beitrag dann aber mit einer einseitigen Schlußfolgerung bzw. einem parteilichen Urteil krönen. Gewöhnlich wird dazu noch eine Fachautorität herangezogen, die die Sichtweise der Gegenseite in Frage stellt. Eine andere Methode sind gezielte Überschriften in Frageform, die nach Antworten verlangen, die dann in parteilicher Weise in der Schlußfolgerung nachgeliefert werden.

Ein wirksames Mittel der Meinungslenkung ist die Strategie der übertreibenden Polarisierung (das Publikum wird gezwungen, zwischen zwei sich ausschließenden Positionen zu wählen) und die Methode der Entlarvung (siehe Tuchman 1988: 618). Der Gegenseite (zumeist den PC-Anhängern) wird versucht nachzuweisen, sie verstießen gegen ihre eigenen Grundsätze. Oder es heißt, die Praktizierung von prinzipiell unterstützenswerten Ideen führe zu kontraproduktiven Folgen und sei defacto unrealisierbar. Ein gängiges, gegen politisch korrekte Sprachregelungen verwendetes Argument, anerkennt die guten Absichten zur Erhöhung von Sensibilität im zwischenmenschlichen Umgang, kritisiert aber die Praxis, die unweigerlich zur Einschränkung der Redefreiheit führe. Die Enthüllung angeblicher Doppelstandards dient ebenfalls zur Untergrabung der Glaubwürdigkeit einer Position.

Der Appell an sogenannte amerikanische Grundsätze und Wertvorstellungen (Rede- und Handlungsfreiheit, Unabhängigkeit, Eigenverantwortung, Individualismus usw.) und die Beschwörung des in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung festgelegten „unveräußerlichen Rechts des Einzelnen nach Glück zu streben“ bilden ein weiteres rhetorisches Mittel, das Publikum vom eigenen Standpunkt zu überzeugen. Die Berufung auf Verfassungsgrundsätze und Mythen der amerikanischen Ideologie („American creed“) durch Gegner wie Befürworter verweist im übrigen auf eine vielfach übersehene Gemeinsamkeit (oder „Resonanzboden,“ wie es Gamson/Modigliani (1987) nennen), auf der die PC-Debatte ausgetragen wird. Beide Parteien bezweifeln weder die Notwendigkeit einer „nationalen Einheit“ noch die angebliche Überlegenheit der amerika-

nischen Lebensweise und verfassungsmäßig garantierter Freiheitsrechte. Auch das marktwirtschaftliche System des herrschenden Liberal-Kapitalismus einschließlich des Prinzips des maximierten Eigennutzes, demzufolge individuelle Selbstverantwortung und Egoismus dem Wohl Aller zugutekommt, wird kaum ernsthaft in Frage gestellt. Dies schließt nicht aus, daß vor allem Gegner von PC Anekdoten und Außenseiterpositionen benutzen, um die Befürworter generell „unamerikanischer“ Absichten zu verdächtigen, sie lächerlich zu machen oder die Gefahr einer nationalen Spaltung bzw. der undemokratische Vorherrschaft einer kleinen radikalen Minderheiten an die Wand zu malen. So behauptet etwa Elfin/Burke (1993), PC habe zu einer „Balkanisierung“ und Rassensegregation des amerikanischen Universitätslebens geführt. Man kann sich vorstellen, welche Reaktionen derartige Katastrophenbilder hervorrufen, die Multikulturalismus und nationale Einheit als Gegensätze darstellen und den Mythos des „Schmelztiegels“ als einzigen Ausweg beschwören.

Methoden wie Verunglimpfung und Etikettierung, Spott, die Benutzung von Anekdoten, Vereinfachung, Polarisierung, Entlarvung, Verleugnung und Abwehr, Neutralitätssimulation oder die Beschwörung der amerikanischen Ideologie dienen dazu, beim Publikum eine unmittelbare und emotional geladene Abwehrreaktion hervorzurufen. Daher verwundert es nicht, daß die Sprache häufig hochmoralisch und schuldgetränkt ist. Unsere Untersuchung bestätigt frühere Studien, wonach die Massenmedien dazu neigen, komplizierte Sachverhalte und Argumente in einem simplen Schwarzweiß-Schema zu präsentieren (Gamson/Modigliani 1987: 155), wo es nur noch um ein Dafür oder Dagegen, Recht oder Unrecht, Opfer und Täter geht. Dadurch wird nicht nur eine inhaltliche Debatte wichtiger Fragen verhindert, die öffentliche Diskussion wird damit auch auf nebensächliche Themen gelenkt und das Publikum irregeführt. „Ethisch korrekterweise“ wären die Medien zur Ausgewogenheit und Differenziertheit verpflichtet. Doch ist es einfacher an Gefühle zu appellieren, Beschimpfungen auszustoßen, Gegner als „Radikale,“ „Marxisten,“ oder „Sexisten“ zu apostrophieren oder sie mit absurden Beispielen lächerlich zu machen. Als Beobachter kann man den Eindruck gewinnen, die US-amerikanischen Medien seien mehr daran interessiert, die Öffentlichkeit zu unterhalten oder einseitig zu beeinflussen um ihre Auffassungen dem Publikum aufzudrängen, als ihrer Informationspflicht nachzukommen und einen rationalen Diskurs zu befördern.

Funktion der Medien in den Vereinigten Staaten: Ein notwendiger Exkurs

Unsere Inhaltsanalyse illustriert am Beispiel von ausgewählten Pressebeiträgen die einseitige Darstellung von Interessen und Sichtweisen, die um das Thema der „Political Correctness“ Debatte kreisen. Warum vertreten amerikanische Medien wie der *Durham Herald Sun* einen derartig einseitigen Standpunkt und welchen meinungsbildenden Einfluß nehmen sie auf die öffentliche Diskussion? Um diese Fragen zu beantworten, ist es sinnvoll, zunächst einen Blick auf die Funktion der Medien und ihre Bedeutung im öffentlichen Leben Amerikas zu werfen.

Massenmedien sind ein unentbehrlicher Bestandteil des öffentlichen Lebens in modernen Gesellschaften. Gemäß vorherrschender Meinung in Lehrbüchern haben die Medien in der Demokratie mehrere, zum Teil sich überschneidende Aufgaben: Information, Mitwirkung an der Meinungsbildung, Einflußnahme, Kontrolle und Kritik der Exekutive, Legislative und gesetzgebenden Gewalt und schließlich noch Unterhaltung und Bildung. Da Journalisten und Medien eine Monopolstellung als Informationspfortner („gate-keepers“) haben, entscheiden sie darüber, ob und wie Themen und Meinungen an die Öffentlichkeit gelangen, bestimmen damit also was thematisiert wird („agenda-setting“). Voraussetzung der Funktionsfähigkeit der Medien sind rechtliche Garantien (das Prinzip der freien Meinungsäußerung, freie Wahl und Zugang zu Informationsquellen) ebenso wie das Vorhandensein eines vielfältigen Angebots von Erzeugnissen und eines Pluralismus in der Berichterstattung und Kommentierung. Aber im Unterschied zu den demokratisch legitimierten drei „Gewalten“ (Justiz, Exekutive und Legislative) existieren im Medienbereich wenig intern und extern einklagbare Kontrollen und Sanktionsmittel, um eine sach- und fachgerechte wie verantwortliche Medienpräsentation und -verteilung zu garantieren. Ausnahmen sind die zivil- oder strafrechtliche Ahndung von Gesetzesübertretungen oder der Boykott durch Verleger, Anzeigenkunden oder Leser.

Die Bedeutung der Medien im amerikanischen Alltagsleben wird ersichtlich, wenn man sich etwa die Stundenzahl vergegenwärtigt, mit der ein Durchschnittsamerikaner täglich das Fernsehen, Presseerzeugnisse und das Radio nutzt, eine Quantität, die mit Abnahme der notwendigen Arbeitszeit innerhalb und außerhalb des Hauses zunimmt. Medien ersetzen heutzutage vielfach traditionelle Formen persönlichen Kontakts und unmittelbarer Erfahrung. Statt dessen werden die Menschen mit Nachrichten aus fernen Ländern und fremden Kulturen konfrontiert, mit denen sie keine persönliche Erfahrung oder Umgang verbindet, weshalb oft von einer Realitätssimulation gesprochen wird (Baudrillard 1993).

In den Vereinigten Staaten sind die zumeist im Privatbesitz befindlichen Medien inzwischen zu einem beträchtlichen Wirtschaftsfaktor geworden, der zunehmend in wenigen Händen konzentriert ist, um mehr Profit aus dem investierten Kapital zu erwirtschaften. Zwei von drei der insgesamt ca. 1750 amerikanischen Tageszeitungen sind im Besitz weniger regionaler oder nationaler Medienimperien. Der Mediengigant Gannett kontrolliert beispielsweise 83 Zeitungen, mehrere Fernseh- und Radiostationen, Werbeagenturen und Informationsübermittlungsdienste (Ham 1994: A11). Fast 99% aller Tagesinformationen laufen über die Nachrichtenagenturen AP und UPI (Kleinsteuber 1993: 277). Außerdem bieten landesweit vertriebene Tageszeitungen, wie etwa die New York Times, spezielle Nachrichten- und Informationsdienste für regionale Blätter und andere Nutzer an. Bis zu vier von fünf Berichten in kleineren und lokal begrenzten Tageszeitungen stammen von einigen wenigen Nachrichtenagenturen und Informationsdiensten (Kleinsteuber 1993: 277). Mit anderen Worten: Zugang und Kontrolle zu Nachrichten und Informationen sind in den USA überraschend gleichgeschaltet und

stellen damit die Funktion der Medien in demokratischen Gesellschaften und die Idee des freien und unabhängigen Marktplatzes der Informationen und Meinungen infrage.

Wie kann im Gegensatz zum Neutralitätspostulat und zur kritischen Informationspflicht der Medien die nachweisbare Voreingenommenheit der Presse erklärt werden und für welche Zwecke wird sie genutzt? Auch die amerikanische Öffentlichkeit übt Kritik an der Einseitigkeit der Medien. Besonders in Wahljahren und in Zeiten tiefgreifender nationaler oder internationaler Ereignisse wird dieses Thema diskutiert. Einige Beobachter beschreiben die amerikanische Presse als mehrheitlich liberal oder sogar gegen das „Establishment“ eingestellt (nach Baker 1992 identifizierten sich während der Regierungszeit von Reagan und Bush lediglich 15 bis 25 Prozent aller Journalisten mit konservativem Gedankengut oder mit der Politik der konservativen Republikaner). Sie verweisen auf die kritische Rolle der Printmedien bei der Aufdeckung politischer Skandale wie „Watergate“, „Irangate“ oder „Whitewater.“ Aus dieser Sichtweise hat sich die amerikanische Presse seit der Jahrhundertwende bei der Aufdeckung von Affären und der Anprangerung „gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Mängerscheinungen“ (Norton et al. 1990: 608) große Verdienste erworben. Die konservative Rechte dagegen prangert – aus einsichtigen Motiven – den angeblich liberalen Bias der Medien an und denunziert dies als „linke Unterwanderung“ der öffentlichen Meinung an.

Eine andere Richtung bestreitet nicht die Existenz von politischen Stimmungsschwankungen und Beeinflussungsversuchen, betont aber nachdrücklich für die Mehrheit der Printmedien eine Absicht zur Neutralität und Ausgewogenheit bei der Sammlung und Verbreitung von Informationen. Die Medien, so heißt es, reflektierten in ihrer Berichterstattung die Breite und Vielfalt der öffentlichen Meinung. Sie seien lediglich ein Spiegel bzw. Überbringer von Nachrichten und Meinungen, nicht die Botschaft selbst. Es gäbe keinen Grund anzunehmen, die Presse würde mit Absicht versuchen die Einstellungen ihrer Leser einseitig zu beeinflussen. Rechte und Linke würden die Medien nur deshalb angreifen und zum Sündenbock abstempeln, weil ihnen bestimmte Nachrichten und Informationen mißfielen (Levine 1991: 103). Gans, ein führender amerikanischer Medienforscher, bemerkt dazu, es sei gerade diese journalistische „Paraideologie“ der Neutralität, die Selbstzensur und eine kritiklose Übernahme vorherrschender Ideologien begünstige (Gans 1980: 230,276ff, 203ff). Begünstigt werde diese Auffassung durch die Orientierung der meisten Journalisten an vorgegebenen Wertvorstellung und Überzeugungen, vermittelt durch Bildung, Schichtzugehörigkeit, Besitz, Machtteilhabe und peers.

Noam Chomsky und andere linke Kritiker amerikanischer Politik und Öffentlichkeit vertreten die Ansicht, die „mainstream“-Medien seien ein Propagandaarm der etablierten Führungsschichten in Wirtschaft, Politik und im Regierungsapparat. Kritiklos akzeptierten und rechtfertigten sie vorherrschende Wertvorstellungen und Ideologien. Selten würden Macht- und Herrschaftsstrukturen des amerikanischen Konsumentenkapitalismus grundsätzlich in Frage gestellt. Die Medien würden sich in ihrer Berichterstattung auf Themen konzentrieren, die von einer Beteiligung an öffentlichen Angele-

genheiten ablenkten. Umstrittene Themen würden in einer Weise abgehandelt, daß die eingespielte Ordnung nicht bedroht bzw. in Frage gestellt werde. Gleichzeitig würde eine Meinungsvielfalt auf unbedeutenden Gebieten vorgetäuscht, die die vorherrschende Gesellschaftsform stabilisiere (Chomsky 1992: 104, 110; siehe auch Parenti 1993). Chomsky verweist zur Untermauerung seiner Thesen etwa auf die Medienberichterstattung während des Golfkrieges im Jahre 1990/91. Damals hätten die US-amerikanischen Medien durchweg ein patriotisch geschöntes Bild der Lage präsentiert, um die Mobilisierung der Heimatfront nicht zu gefährden.

Derartige Ausführungen erscheinen auf den ersten Blick radikal. Wenn man sich jedoch beispielsweise vor Augen hält, wie Reporter Informationen sammeln und wie Nachrichten ausgewählt und zur Präsentation vorbereitet werden, wird die von Chomsky behauptete Anpassung der Medien an vorgegebene Normen und die „mainstream“ Ideologie plausibler. Es ist unbestritten, daß die Presse Entscheidungen über Berichterstattung und Auswahl treffen muß, da nicht jede Nachricht oder jeder mögliche Kommentar erscheinen kann. Ob beabsichtigt oder nicht, die Medien können nur einen Ausschnitt der Wirklichkeit präsentieren und bestimmte Vor-Urteile fließen in Auswahlentscheidungen ein. Allerdings geschieht dies i.d.R. nicht zufällig, sondern nach bestimmten Regeln („frames“). Dies gibt Journalisten, Herausgebern und Verlegern im Rahmen der erwähnten Grenzen der Nachfrage und des öffentlichen Geschmacks eine Gelegenheit, die Leserschaft über einen bestimmten Gegenstand in einer Weise zu beeinflussen, wie sie es für richtig halten. Beispielsweise kann eine verhältnismäßig unbedeutende Nachricht groß herausgebracht und damit wiederum ein Bedarf nach mehr Berichterstattung erzeugt werden. Oder ein Gegenstand kann ignoriert werden, obwohl er für die Öffentlichkeit von Interesse wäre, gäbe es mehr Information. Im Falle von Leitartikeln und Kommentaren ist eine parteiliche Stellungnahme nicht so überraschend, da der Leser eine standpunktbezogene Aussage erwartet. Im Fall von Nachrichten und Reportagen dagegen wäre eine ausgewogenere Haltung angebracht. In unserem Sample war eine solche Trennung nicht immer deutlich erkennbar. Der Gebrauch sorgfältig arrangierter Schlußfolgerungen („clinchers“), die Benutzung von Reizbegriffen und Appellen an „amerikanische“ Prinzipien und dergleichen enthüllten eine deutliche Voreingenommenheit gegenüber PC-Themen.

Die von Chomsky und anderen kritisierte Neigung zur Anpassung an „Mainstream“-Ideologien sind besonders bei Nachrichtenjournalisten ausgeprägt. Durch die Arbeitsteilung und interne Medienhierarchie sind ihre Spielräume räumlich, zeitlich, inhaltlich und normativ bei der Auswahl, Platzierung und Formulierung von Nachrichten eingeschränkt. Oft verfügen sie weder über das Wissen noch über die Zeit, ihnen zugewiesene Themen sorgfältig zu recherchieren, noch verfügen sie über dieselben Ressourcen wie diejenigen, die sie mit Informationen versorgen, etwa die Regierung, das Pentagon oder große Nachrichtenagenturen (Russ-Mohl 1991: 27).

Seriöser und Affären aufdeckender „watch-dog“-Journalismus, herangezogen als Beleg für die Liberalität amerikanischer Medien, ist eher in der Minderheit. Viel häufiger müssen sich Journalisten auf Quellen verlassen, die nicht exakt nachprüfbar sind.

Beispielsweise haben Gamson/Modigliani (1987: 165) in einer Studie über die Berichterstattung zur amerikanischen Gleichstellungsgesetzgebung festgestellt, daß Journalisten in erster Linie sowohl auf regierungsamtliche Darstellungen und Auskünfte, als auch auf Meldungen privater Nachrichtenagenturen und anderer institutionalisierter Informationsnetzwerke zurückgreifen, wobei auch die letztgenannten von privaten oder behördlichen Interessen beeinflußt oder kontrolliert werden. Wichtige Reporterquellen waren außerdem Public-Relations-Institutionen und deren offizielle Sprecher, Pressekonferenzen und -mitteilungen. Gamson und Modigliani verweisen zusätzlich auf die Vernetzung der amerikanischen Öffentlichkeit mittels Zeitschriften, intellektuellen Denkfabriken und parteilichen Einrichtungen. Diese nehmen Einfluß durch öffentliche Vorträge, Publikation zahlreicher Aufsätze und Bücher, durch Pressekonferenzen und -berichte und die Organisation von Veranstaltungen. Außerdem halten sie regelmäßig Kontakt mit Journalisten, mit denen sie auch Informationen austauschen. Mit anderen Worten: Nur wenige Korrespondenten verlassen sich ausschließlich auf unabhängige oder persönliche Recherchen.

Des weiteren ist belegt, daß Lokalblätter in ihrer nationalen und internationalen Berichterstattung stark von den Entscheidungen einiger weniger Redakteure und Direktoren in nationalen und überregionalen Nachrichtenagenturen abhängen (Whitney/Becker 1982). Weniger als ein Dutzend überregionaler Zeitungen und Magazine geben den Ton an, welche Themen auf die Tagesordnung gesetzt werden (Larson 1979). Eine Handvoll von Nachrichtenkonsortien vertreibt landesweit Leitartikel, Kommentare und Berichte. Sie haben dadurch einen Einfluß, der weit über die von ihnen unmittelbar kontrollierten Medien hinausreicht. Alle diese Meinungsführer sind in der Lage, den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Eliten Themen vorzugeben und die Öffentlichkeit für ein Thema zu mobilisieren (Gitlin 1978).

Nicht zu übersehen ist auch der Umstand, daß die Presse durch den Einfluß der Pop-, Film- und Fernsehkultur in den Vereinigten Staaten dazu gedrängt wird, Elemente der Unterhaltungskultur in ihren Bereich zu übernehmen. Da der durchschnittliche Medienkonsument in den USA täglich mehrere Stunden vor dem Fernseher oder Radio verbringt, ist er an kurze Aufmerksamkeitsspannen („sound-bites“) gewöhnt. Auch von der Presse werden spannend und interessant aufgemachte Berichte erwartet. Sensationelle Nachrichten, Skandale, Rechtsverletzungen und dramatische Konflikte haben eine größere Chance aufgegriffen zu werden (Gans 1980: 8ff) als komplizierte und langweilig erscheinende Gegenstände. Presseerzeugnisse wie USA Today sind deshalb dazu übergegangen, möglichst keine Artikel zu publizieren, die nicht auf einer Seite oder gar in einer Spalte Platz finden. Nachrichten werden gekürzt, die Aufmerksamkeit wird auf Einzelereignisse gerichtet und komplizierte Angelegenheiten werden in (für den durchschnittlichen Leser) vereinfachte und leicht verdauliche Kost verpackt, gemäß der Annahme einer begrenzten Aufnahmefähigkeit des Publikums. (Einige Zeitungen stimmen angeblich ihre Schreibweise auf das Niveau von Zwölfjährigen ab.)

Darin kommt zum Ausdruck, daß die Medien auch nachfrageorientiert sind und die Erwartungen ihres Publikums in Rechnung stellen, obwohl sie gleichzeitig die öffentli-

che Meinung beeinflussen, indem sie bestimmte Themen auf die Tagesordnung setzen und den Informationsfluß kontrollieren. Es sei dahingestellt, ob es tatsächlich notwendig ist, die Nachrichten derart für das breite Publikum aufzuarbeiten, Tatsache ist, die Popularisierung komplizierter Zusammenhänge fällt oft zuungunsten einer sachgerechten Darstellung aus. Des weiteren tendieren Herausgeber zum Druck von Artikeln, die an existierende Meinungsklischees der Meinungsführer und Leser anknüpfen. Nur selten werden die Vorstellungen der Leserschaft und die vorherrschenden Ideologien angezweifelt („Germany in the U.S. Media“ 1994). Schließlich handelt es sich bei den Medien um gewinnorientierte Unternehmen, die empfindlich auf die Erwartungen ihrer Klientel (Leser, Inserenten) reagieren und kaum das Risiko von Image- und Geschäftsverlusten eingehen können und wollen. Im Fall von PC gehen Printmedien vermutlich von der zutreffenden Annahme aus, Anzeigen- und Lesermärkte zu verlieren, wenn sie zu deutlich Positionen vertreten würden, die in der Öffentlichkeit unbeliebt sind – nicht zuletzt aufgrund der Medienberichterstattung.

Wie erwähnt, werden die Massenmedien von einer relativ kleinen Zahl großer Konzerne beherrscht und besessen. Ihre Eigentümer und Manager sind Teil des amerikanischen „Establishments,“ das eher eine konservative, den status-quo und die vorherrschende Ideologie(en) rechtfertigende Schlagseite hat. Die oftmals als „vierte Gewalt“ bezeichnete Presse und ihre „Liberalität“ finden hier Grenzen an den hauptsächlich wirtschaftlichen Interessen der Eigentümer, Aktionäre, Verleger, Nachrichten- und Werbeagenturen, die auf einer Bewahrung der vorherrschenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verfassung des Landes ausgerichtet sind. Auch dieser Umstand könnte erklären helfen, warum die Medien zu einer eher oberflächlichen Themendarstellung neigen, vorherrschende Auffassungen unkritisch wiedergeben und einseitig berichten.

Natürlich wäre es falsch, aus dem Geschilderten zu schließen, alles was die Medien produzierten, geschehe in der Absicht der Manipulation. Tatsächlich leitet sich der Medieneinfluß auf die Öffentlichkeit aus den verschiedenen Funktionen ab, die von der Informationsverbreitung bis hin zur Unterhaltung reichen. Aber man kann mit gutem Gewissen behaupten, die Medien sind nicht immun gegen Einseitigkeit und unzulässige Einflußnahme, zumal die Berichterstattung nicht in einem „neutralen“ gesellschaftlichen Vakuum stattfindet, sondern vor dem Hintergrund von um Hegemonie, Anerkennung und Konsens kämpfenden Interessen und Sichtweisen. Wie Faludi (1991: 77) am Beispiel der öffentlichen Behandlung des amerikanischen Feminismus nachweist, sind die Medien als Vermittler zwischen der dominanten Ideologie und der öffentlichen Meinung „im großen Ganzen empfänglich für vorherrschende politische Strömungen“.

Der Einfluß des Medienbias auf die öffentliche Meinung

Die Massenmedien, insbesondere das Fernsehen und die Presse, haben ursprünglich teils aus Sensationslust, teils in ihrer Rolle als Informations- und Kommunikationsträger die Parolen, Symbole, Forderungen und Vorstellungen der sozialen und kulturellen Protestbewegungen der letzten Jahrzehnte in die Öffentlichkeit getragen. Doch vermei-

den sie momentan eine ernsthafte Diskussion dieser Positionen und geben populistischen Neigungen zur Vereinfachung nach oder schüren Ängste. Wir können hier nicht genau abschätzen, wie stark und dauerhaft die amerikanischen Medien und die von uns festgestellte Parteilichkeit die öffentliche Debatte und Meinung über PC und damit zusammenhängende Themen beeinflusst hat. Forschungsergebnisse legen eine Einflußnahme nahe (siehe dazu den Überblick in Tuchman 1988: 617ff). Dabei ist auch zu berücksichtigen, daß die Printmedien im Vergleich zum Fernsehen einen geringeren Einfluß auf die öffentliche Meinung haben. Hinzu kommt, daß die mediale Rezeptionswirkung von einer Reihe von Faktoren abhängt, etwa dem Vorwissen, der (emotionalen) Bedeutung eines Themas, der Häufigkeit mit der Mediennutzer immer wieder mit derselben oder ähnlichen Botschaft konfrontiert werden („exposure“), und besonders der individuellen Aufmerksamkeit („attention“) bei der Verfolgung von Nachrichten.

Zweifellos sind die Medien mitverantwortlich für die seit Mitte der achtziger Jahre sich steigernde Reaktion gegen PC oder alles, was damit im Allgemeinen assoziiert wird. Der abfällige Gebrauch des Begriffs „Political Correctness“ in den Massenmedien wird inzwischen auch vom amerikanischen Publikum geteilt. Solange die Medien und andere einflußreiche politische und kulturelle Gruppierungen das Thema negativ definieren, wird PC in der amerikanischen Öffentlichkeit kaum eine Aufwertung erfahren. Hinzu kommt, daß PC zu einem Sündenbock geworden ist für eine allgemeine Unzufriedenheit mit gegenwärtigen Trends im Erziehungswesen, mit der Gleichstellungsgesetzgebung und den Beziehungen zwischen der weißen Mehrheit und den um Anerkennung drängenden Minderheiten, Feministinnen und anderen Gruppen (siehe dazu auch Kurthen/Losey 1995). Ebenso wie der gegenwärtig zu beobachtende neokonservative Aufschwung, stützt sich der öffentlich geäußerte Unmut gegen PC nicht zuletzt auch auf die soziale Basis von Unter- und Mittelklassen, auf enttäuschte Erwartungen, einen um sich greifenden Zynismus und Bedrohungsängste. Dieser „backlash“ verbindet sich gegenwärtig mit einer neokonservativen politischen und kulturellen „Revolution“ von rechts, die, wie die linken und liberalen Bewegungen der Vergangenheit, ebenfalls Amerikas Identität Neubestimmen will, aber diesmal aus einer traditionalistischen, prokapitalistischen, anti-kollektivistischen, anti-staatlichen und anti-regulatorischen Perspektive. Solange PC nicht bloß eine rhetorische Sprachfigur bleibt, sondern sich in konkreten Sprach- und Verhaltensvorschriften, in der Gleichstellungsgesetzgebung, Quotierungen, neuen Studiengängen und Lehrplanänderungen usw. niederschlägt, werden auch zukünftig Leidenschaften aufgewühlt, Konflikte und Polarisierung erzeugt, die in den Medien ihre Resonanz finden und für verschiedene Zwecke ausgeschlachtet werden.

Die Ursachen für die Einseitigkeit der PC Berichterstattung liegen zumeist in der Struktur, Organisation und Funktionsweise der amerikanischen Medien begründet. Sie reflektieren aber auch eine Gegenreaktion auf politische, kulturelle und demographische Umwälzungen, die in der amerikanischen Gesellschaft seit den sechziger Jahren stattgefunden haben und sowohl zu neuen Forderungen nach Gleichberechtigung, Anerkennung und Teilhabe, als auch zu einem sinkenden Glauben in den „American way of life“ geführt

haben. Die überkommene Verteilung politischer, wirtschaftlicher und kultureller Ressourcen und die Identität einer „Nation von Nationen“ (Fox-Genovese 1991: 48), die Vorherrschaft der weißen, anglo-europäischen und männlich dominierten Mittelklasse und der von ihr geprägten „mainstream“ Kultur (Kurthen/Losey 1995), ihre etablierten Geschichtsbilder, Mythen und Zukunftsvorstellungen stehen zur Diskussion. Der Streit um PC ist ein „Tauziehen darüber, wer bei der Gestaltung öffentlicher Meinung und Kultur was zu sagen hat“ (Kessler-Harris 1993: 7).

Die Vereinigten Staaten sind auf dem Weg ein pluralistischer Mikrokosmos der Welt zu werden. Konflikte, die gesellschaftlichen Wandel begleiten, werden kaum vermieden werden. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird die amerikanische Gesellschaft noch eine Zeitlang eine Gratwanderung gehen zwischen konservativem Traditionalismus und multikulturellem Pluralismus, zwischen einer selbstgerechten Verkündung amerikanischer Grundwerte und skeptischem Relativismus, zwischen den Verfechtern der Vorherrschaft von westlich orientierten Mehrheitsvorstellungen und den vorwärtsdrängenden Randgruppen und Minderheiten. Der Diskurs über „Political Correctness“ ist ein Lehrbeispiel der Filterung von Sichtweisen und Praktiken, die die vorherrschende Machtverteilung, Interessen und Ideologien infragestellen. Die von uns beobachteten Methoden der Meinungslenkung sind nicht auf die Vereinigten Staaten beschränkt. Könnte es sein, daß die gegenwärtige amerikanische Medienkultur im Übergang zum 21. Jahrhundert anderen westlichen Demokratien lediglich einen Spiegel vorhält?

Dieser Beitrag basiert auf einem stark überarbeiteten und gekürzten englischen Beitrag der Autoren unter dem Titel „The Rhetoric of ‚Political Correctness‘ in the U.S. Media“ in: *American Studies*, 40 (2) 1995, S. 227-245. Für die Übersetzung zeichnet verantwortlich Hermann Kurthen.

Literaturverzeichnis

- Adler, Jerry: „Taking offense.“ *Newsweek* 24 Dec. 1990: 48-54
- Baker, Brent: „Media's Liberal Slant on the News.“ *Point-Counterpoint: Readings in American Government*. Ed. Herbert M. Levine. New York: St. Martin's Press, 1992. 104-109
- Bartlett, Katharine T: „Surplus Visibility.“ *Beyond PC*. Ed. Patricia Aufderheide. Saint Paul, Minnesota: Graywolf Press, 1992. 122-125
- Baudrillard, Jean: „Simulacra and Simulations: Disneyland.“ *Social Theory*. Ed. Charles Lemert. Boulder, CO: Westview Press, 1993. 524-529
- Berube, Michael: „Public Image Limited: Political Correctness and the Media's Big Lie.“ *Debating P.C.* Ed. Paul Berman. New York: Laurel, 1992. 124-152
- Bloom, Allan: *The Closing of the American Mind*. New York: Simon and Schuster, 1987
- Boyte, Harry C.: „The Politics of Innocence.“ *Beyond PC*. Ed. Patricia Aufderheide. Saint Paul, Minnesota: Graywolf Press, 1992. 177-179
- Chomsky, Noam: „Bewildering the Herd: An Interview by Rick Szykowny for The Humanist.“ *Point-Counterpoint: Readings in American Government*. Ed. Herbert M. Levine. New York: St. Martin's Press, 1992. 109-125.
- Daniels, Lee A.: „Diversity, Correctness, and Campus Life.“ *Change* Sept.-Oct. 1991: 16-20
- Drew, Dan/David Weaver: 1990. „Media Attention, Media Exposure, and Media Effects.“ *Journalism Quarterly* 67: 740-748
- Elfin, Mel/Sarah Burke: „Race on Campus.“ *U.S. News and World Report* 19 April 1993: 52-56
- Faludi, Susan: „Backlash.“ New York: Crown Publishers, 1991
- Fox-Genovese, Elizabeth: „The Self-Interest of Multiculturalism.“ *Tikkun* 6.4 (1991): 47-49

- Gamson, William A./Andre Modigliani: „The Changing Culture of Affirmative Action.“ *Research in Political Science* 3 (1987): 137-171
- Gamson, William A.: 1992. *Talking politics*. Cambridge: Cambridge University Press
- Gans, Herbert J.: 1980. *Deciding What's News*. New York: Vintage Books
- „Germany in the U.S. Media-The U.S. In German Media: Reciprocal Cliches?“ Panel Discussion. Deutsche Gesellschaft FYr Amerikastudien. TYbingen, Germany, 27 May 1994
- Gitlin, Todd: 1978. „Media Sociology: The Dominant Paradigm.“ *Theory and Society* 6: 205-253
- Harpe, Maria von: „Der Einfluß der Massenmedien auf die amerikanische Politik.“ *Aus Politik und Zeitgeschichte* B51 (1991): 32-38.
- Hughes, Robert: *The Culture of Complaint*. New York: Oxford University Press, 1993
- International Herald Tribune*: „Journalist Loses his Column after Attacking Nixon.“ 23 May 1994: 3
- Kessler-Harris, Alice: „Cultural Locations: Positioning American Studies in the Great Debate.“ *American Studies Newsletter Special Issue 1983-1993* (1993): 1-7
- Kimball, Robert: *Tenured Radicals. How Politics has Corrupted Our Higher Education*. New York: Harper/Row, 1990.
- Kleinsteuber, Hans J.: „Massenmedien in den USA.“ *USA-Wirtschaft-Gesellschaft-Politik*. Ed. Hartmut Wasser. 2nd ed. Opladen: Leske und Budrich, 1993. 271-294
- Kurthen, Hermann/Kay M. Losey: „Schlagwort oder Kampfbegriff? zur ‚Political Correctness‘ Debatte in den Vereinigten Staaten.“ *Aus Politik und Zeitgeschichte* B21-22 1995: 3-13
- Larson, James, F.: „International Affairs Coverage on US Network Television.“ *Journal of Communication* 29 (Spring 1979): 147-155
- Levine, Arthur: „The meaning of diversity.“ *Change* Sept.-Oct. 1991: 4f
- Losey, Kay/Hermann Kurthen: „The Rhetoric of ‚Political Correctness‘. Ethnicity and Gender in the U.S. Media.“ *German Society for American Studies*. TYbingen, Germany, 25 May 1994
- Mabry, Marcus: „A View From The Front: My Life As A Member Of The PC Patrol.“ *Newsweek* 24 Dec, 1990: 55
- Martin, Jerry L.: „The University as Agent of Social Transformation: The Postmodern Argument Considered.“ *The Imperiled Academy*. Ed. Howard Dickman. New Brunswick: NJ: Transaction Publishers, 1993. 203-238
- McLeod, Jack/Donald McDonald: 1985. „Beyond Simple Exposure: Media Orientations and Their Impact on Political Processes.“ *Communication Research* 12: 3-34
- Norton, Mary Beth et al: *A People and A Nation*. 3rd ed. Vol. 2. Boston: Houghton Mifflin, 1990
- Parenti, Michael: 1992. *Make-Believe Media: The Politics of Entertainment*. New York: St. Martin's Press
- Parenti, Michael: 1993. *Inventing Reality: The Politics of the Mass Media*. New York: St. Martin's Press
- Perry, Ruth: „A Short History Of The Term Politically Correct.“ Ed. Patricia Aufderheide. *Beyond PC*. Saint Paul, MN: Graywolf Press, 1992. 71-79
- Russ-Mohl, Stephan: „Ferngelenkte Medienberichterstattung.“ *Aus Politik und Zeitgeschichte* B51 (1991): 23-31
- Schlesinger, Arthur M. Jr.: „E Pluribus Unum.“ *Social Theory*. Ed. Charles Lemert. Boulder, CO: Westview Press, 1993. 567-576
- Short, Thomas: „A New Racism On Campus?“ *Commentary* 88 (1986): 46-50
- Siner, Howard: „AP Stylebook: For Journalists, It's the Last Word.“ *American Online* 16 Sept. 1993
- Tuchman, Gaye: „Mass Media Institutions.“ Ed. Neil J. Smelser. *Handbook of Sociology*. Newbury Park: Sage, 1988: 601-626.
- West, Cornel: „The New Cultural Politics of Difference.“ *Social Theory*. Ed. Charles Lemert Boulder, CO: Westview Press, 1993. 577-589
- Whitney, Charles D./Lee B. Becker: „Keeping the Gates“ for Gatekeepers: The Effects of Wire News.“ *Journalism Quarterly* 59 (1, 1982): 60-63.
- Will, George F.: „Radical English“ *Debating P.C.* Ed. Paul Berman. New York: Laurel, 1992. 258-261